



# Interviews

**Datum: 16. März 2025**

**Stephan Detjen im Gespräch mit Annalena Baerbock, Bundesaußenministerin, Bündnis 90/Die Grünen**

***Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.***

**Detjen:** Das Interview der Woche kommt heute aus Charlevoix in Quebec, in Kanada. Hier ist gerade das G7-Treffen der G7 Außenminister zu Ende gegangen. Mit dabei war noch einmal die scheidende Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Und sie ist jetzt bei uns im Deutschlandfunk. Danke, Frau Baerbock, dass Sie sich kurz vor dem nächtlichen Rückflug nach Berlin jetzt noch mal Zeit dafür genommen haben. Frau Baerbock, die G7 haben sich immer als eine Gruppe von, ja, Gleichgesinnten, von Wertepartnern verstanden mit einem gemeinsamen Grundverständnis von Verantwortung in der Welt. Was ist daraus geworden, wenn jetzt der amerikanische Außenminister Marco Rubio mit am Tisch sitzt und dann beim G7-Gipfel im Juni in Kanada Donald Trump selbst?

**Baerbock:** Gerade in diesen stürmischen Zeiten sind die G7 fast, würde ich sagen, wichtiger denn je, denn wir erleben eine neue Zeit der Ruchlosigkeit, wo immer mehr Akteure, Staaten die regelbasierte internationale Ordnung herausfordern, aber auch in unseren Demokratien Akteure unsere eigenen Regeln herausfordern. Und die USA haben sich aus meiner Sicht noch nicht ganz entschieden bzw. die neue Administration, auf welcher Seite sie da eigentlich selber stehen. Deswegen war dieser Austausch, hier gerade auch in Kanada, über eine Weltordnung, in der weiterhin das internationale Recht gelten sollte, so wichtig. Und wenn man jetzt auch noch mal ein bisschen zurückschaut in der Geschichte der G7, wir sind jetzt im 50. Jahr der G7, muss man schon auch ehrlich sagen, dass es immer sehr unterschiedliche Phasen gegeben hat, wo sich die G7-Partner untereinander mal mehr miteinander Werte und Interessen geteilt haben und mal weniger.

**Detjen:** Aber das ist ja jetzt eine andere Dimension. Also, ich meine, die kanadischen Gastgeber, die kanadische Öffentlichkeit war in heller Aufregung, weil der mächtigste G7-Partner, die USA, ihnen nicht nur verheerende Zölle androhen, sondern davon sprechen, Kanada als 51. US-Bundesstaat zu vereinnahmen.

**Baerbock:** Aber je größer die Herausforderung, desto wichtiger das Gespräch und vor allen Dingen auch das vertrauensvolle Gespräch. Und gerade hier, wo wir uns getroffen haben als Außenminister, gibt es ein bekanntes Foto, wo damals Angela Merkel am gleichen Ort sehr vorgebeugt mit dem damaligen auch Präsidenten Trump gesprochen hatte und auch da die Zeiten schon herausfordernd sind. Also, ich will hier überhaupt nichts schönreden. Aber dieses Treffen hat jetzt zum Abschluss nach vielen intensiven, vertraulichen Gesprächen deutlich gemacht, die G7 haben weiterhin die Stärke, trotz vielleicht größer gewordener

Differenzen zu zentralen, globalen Themen eine gemeinsame Sprache zu sprechen. Das Wichtigste für uns hier als Europäer ist vor allen Dingen, die weiterhin klare Haltung auch mit dem amerikanischen Außenminister zur Unterstützung der Ukraine und vor allen Dingen zur territorialen Integrität, also zur Freiheit der Ukraine, hier gemeinsam auch in einer Abschlusserklärung unterstrichen zu haben.

**Detjen:** Aber kann man denn mit diesem amerikanischen Außenminister, Marco Rubio, so vertrauensvoll hinter geschlossenen Türen sprechen, wie Sie das im G7-Kreis gewohnt sind, wenn man damit rechnen muss, das ist dann alles in der nächsten Stunde, spätestens am nächsten Tag, im Oval Office und von da vielleicht im Kreml? Also zugspitzt gefragt: Kann man in der Situation dann nicht gleich aus den G7 wieder die G8 machen und Lawrow und dann beim Gipfel Putin mit dazu einladen, wie es der amerikanische Präsident Trump ja schon ins Gespräch gebracht hat?

**Baerbock:** Ja, aber seitdem hat er nicht mehr davon gesprochen. Natürlich ist das eine andere Administration. Und ich habe ja auch öffentlich sehr, sehr deutlich gemacht: Wir müssen selber für unsere Werte und unsere Interessen eintreten. Und zugleich ist aus meiner Sicht wichtig, dass wir nicht über jedes Stöckchen springen. Nichtsdestotrotz ist ...

**Detjen:** Aber, wenn ich einhaken darf, also, diese Drohung von Trump, Zölle, die für Kanada wirklich verheerend wären, wenn sie so kommen, Verdoppelung der Zölle, die da angekündigt wurden, würden ganze Industriezweige in Kanada möglicherweise lahmlegen. Und dann diese Drohung, Kanada als 51. US-Bundesstaat. Das war für die Kanadier kein Stöckchen, das er hingehalten hat. Die haben das sehr, sehr ernstgenommen.

**Baerbock:** Natürlich. Also schöner ist immer, wenn alle die gleiche Meinung haben. Und diese geopolitischen Zeiten sind nichts für schwache Nerven. Das ist ganz klar. Sondern man muss gerade in diesen Zeiten die volle Klaviatur der Diplomatie können. Das gilt auch für andere Akteure auf der Welt, aber gerade auch jetzt im neuen transatlantischen Verhältnis, dass man das eben sehr, sehr klar und deutlich macht. Sie haben jetzt bilaterale Themen angesprochen. Zwischen Kanada und den USA haben die Kanadier – und davon können wir aus meiner Sicht als Europäer sehr viel lernen – bei der ersten Drohung mit den Zöllen deutlich gemacht: Wir zögern hier nicht, sondern dann gibt es das X-Fache an Zöllen von unserer Seite, also als Kanadier, zurück. Die Geschlossenheit ...

**Detjen:** Also das wäre auch der Rat an die Europäer? Denn da geht es ja auch um Zölle, die Amerika gegen Europa verhängen will.

**Baerbock:** Genau.

**Detjen:** Voll zurückschlagen?

**Baerbock:** Wir wollen keinen Handelskrieg und wir wollen auch keinen Zollkrieg. Das haben wir hier sogar in einer gemeinsamen Abschlusserklärung mit dem Amerikaner deutlich gemacht. Aber wir schützen unsere eigenen Interessen. Und, ja, da können wir von den Kanadiern einiges lernen. Wir haben hier gerade auch als Europäer deutlich gemacht: Das Recht eines jeden Staates auf sein eigenes Land, auf seine eigene Souveränität, das

gilt für Panama, das gilt für Mexico, das gilt für Grönland und Dänemark und das gilt natürlich auch für Kanada. Sie haben es ja angesprochen. Ist auch interessant dann, wenn man selber noch mal hierher reist aus Europa, denkt man ja: Ja, meine Güte, 51. Staat, ja, so ernst kann das ja gar nicht gemeint sein. Aber als betroffenes Land – habe ich hier auch im Restaurant von den Kellnern gespürt – ist das natürlich noch mal was ganz anderes. Und deswegen war das jetzt ein sehr, sehr guter Zufall, dass dieses G7-Treffen hier in Kanada stattgefunden hat und die ganze G7-Runde, inklusive des amerikanischen Außenministers, in der Abschlusserklärung deutlichgemacht haben: Natürlich respektieren wir alle das Völkerrecht und damit auch das Recht eines eigenen Staates, eines jeden Staates auf seine eigenen Grenzen.

**Detjen:** Was haben Sie denn über diesen Marco Rubio oder den amerikanischen Außenminister jetzt bei den Gesprächen hier gelernt und damit auch über das Funktionieren der amerikanischen Außenpolitik in dieser Trump-Regierung? Rubio, das ist der, den hat man noch in Erinnerung, der saß im Oval Office bei diesem denkwürdigen Eklat des Präsidenten Trump und seines Vizepräsidenten Vance mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj mit dabei. Und wer das gesehen hat, hat einen Marco Rubio gesehen, der, ja – wie würden Sie es beschreiben – versteinert war, der nichts gesagt hat, betreten geschwiegen hat. Aber das gehört ja mit in dieses Bild, dass die Akteure da nicht klar sind. Wer hat da eigentlich das Sagen? Da gibt es dann Sonderbeauftragte für alle möglichen Dinge. Haben Sie jetzt ein klareres Bild davon, wie amerikanische Außenpolitik in der Trump-Regierung funktioniert?

**Baerbock:** Also was klar ist, ist, dass man nicht alleine vom Außenministerium ableiten kann, was die Außenpolitik Amerikas ist. Es war aber – das müssen wir auch deutlich sagen – Amerika als Präsidialsystem, ja schon immer so, dass auch in der Außenpolitik mehr Macht beim Präsidenten und im Weißen Haus liegt. Und auch da haben wir die Situation, da gibt es zum Beispiel nationale Sicherheitsberater, die ganz anders agieren als bei uns in Deutschland. Aber jetzt unter Trump 1 und erneut, da muss man gar nicht drum herumreden, ist das ganze System ja darauf gebaut, Disruption, was ja eigentlich heißt, dass es nicht einfach zu berechnen ist. Und wie Sie angesprochen haben, es gibt eben nicht nur einen Außenminister, der normalerweise für die Beziehungen mit Blick auf Ukraine, Russland zuständig wäre, sondern während der Außenminister hier bei G7 war, war ein Herr Witkoff, der vor allen Dingen enge Beziehung aus dem Bauunternehmensbereich zum Präsidenten hat ...

**Detjen:** Und eigentlich der Nahostbeauftragte ist.

**Baerbock:** Das kommt noch hinzu. Aber der war in Moskau zeitgleich und hat über die Friedensfragen in Europa mitverhandelt. Und wie Sie sagten, ursprünglich war er für Nahost der Beauftragte. Und eigentlich gab es noch einen anderen Beauftragten, Herrn Kellogg, den ich in München bei der Sicherheitskonferenz getroffen habe, der eigentlich für die Ukraine zuständig sein soll. So, jetzt sind schon alle Zuhörerinnen und Zuhörer verwirrt. Aber das ist die Situation, mit der wir konfrontiert werden. Und jetzt ist immer die Frage, man kann sich beschweren darüber, man kann das blöd finden, aber das hilft ja alles nichts, sondern unsere

Antwort darauf – und das habe ich ja auch von Anfang an deutlichgemacht – heißt europäische Geschlossenheit. Daher war es hier zum Beispiel auch so wichtig, dass wir als Deutsche gemeinsam mit den Briten und Franzosen sehr, sehr klar – und der Hohen Beauftragten der EU – deutlichgemacht haben, es kann in Europa keinen Frieden geben, der über die Köpfe der Europäer hinweg ist. Jetzt ist sehr, sehr klar, dass wir hier sehr viel darüber gesprochen haben: Was heißt denn eigentlich ein Frieden? Dass man auch bei einer Feuerpause, die jetzt angekündigt wurde, 30 Tage, dass eine Feuerpause nicht bedeuten kann, plötzlich werden gewisse Dinge von russischer Seite schon mal gleich vom Tisch genommen. Auch da war der Außenminister Amerikas hier sehr klar. Deutlichzumachen, das sind keine Friedensvertragsverhandlungen, sondern es bedeutet überhaupt, dass man überhaupt erst mal sprechen kann. Und wir haben natürlich von unserer Seite sehr deutlichgemacht, dass wir aus den Verhandlungen nach 2014 mehr als gelernt haben, also die sogenannten Minsk-Verhandlungen. Also, was auf gar keinen Fall passieren darf, ist, dass – wie damals nach 2014 – alle hoffen, es wird schon nicht so schlimm kommen, und dann dienen die Verhandlungen für Putin eigentlich nur dazu, diesen großen, brutalen Krieg über acht Jahre lang vorzubereiten.

**Detjen:** Aber was sollte Wladimir Putin, gerade nach den Erfahrungen, die man mit ihm gemacht hat seit 2014, jetzt, wo die Situation für ihn eigentlich auf dem Schlachtfeld, aber politisch so günstig ist wie seit langem nicht mehr, was sollte ihn dazu bewegen, sich auf einen Waffenstillstand einzulassen, der für ihn dann mehr ist als eine Erholungspause, in der er einfach die Magazine wieder füllt, die Truppen neu sortiert, um danach dann nur umso härter zuzuschlagen?

**Baerbock:** Also da wir alle keine Hellseher sind und erst recht natürlich mit einem russischen Präsidenten, der sich über die Jahre radikalisiert hat, weil es ja auch schon ganz andere Phasen in der Zusammenarbeit gegeben hat, kann man aus meiner Sicht jetzt nicht mit Absolutheit sagen, das wird er dann und dann tun. Sondern die große Herausforderung ist ja, er hat sein ganzes Land auf Kriegswirtschaft umgebaut mit dem Ziel – und das hat er nicht erreicht, das ist mir sehr, sehr wichtig zu sagen – Putins Ziel war, dass er in wenigen Tagen Kiew einnimmt, Selenskyj austauscht, da eine Puppette – wie sagt man auf Deutsch, ich habe so viel Englisch geredet heute.

**Detjen:** Marionette.

**Baerbock:** Eine Marionette – danke schön – installiert und damit de facto die Ukraine aus ihrer Unabhängigkeit herauslöst. Und dieses Kriegsziel hat er alles andere als erreicht. Und das ist ja ein Teil des Problems. Er muss ja seine eigene Bevölkerung, wo jeden Monat, Schätzung sind mindestens 15.000 junge Männer sterben oder schwerstverwundet sind und das mal zwölf und das mal drei Jahre. Das heißt, die Frage, wie kommt Putin da eigentlich heraus und seiner eigenen Bevölkerung das irgendwie noch als sinnvoll verkaufen zu wollen, das ist eine der zentralen Fragen. Und der zweite Punkt ist mit Blick auf die NATO. Sein Ziel war es, insbesondere die NATO zu spalten. Die NATO ist stärker geworden. Sie ist größer geworden. So, und dann ist natürlich jetzt die Frage: Und wie geht es jetzt in den Gesprächen weiter, wenn Putin erkennt – und ob er das tut, das weiß man nicht, er hat sich

ja nicht klar geäußert, aber wir mal so ein bisschen auch Analogien im Nahen Osten haben, Putin darauf gehofft hat, vielleicht wird der Trump mich unterstützen. Jetzt spürt er: Okay, er wird nicht die Kriegsziele Putins unterstützen. Dass er dann doch auch ein Interesse hat, in Gespräche einzusteigen. Ob er das tut, man weiß es nicht. Der Ball liegt jetzt bei dem russischen Präsidenten. Jetzt kann er eine Feuerpause endlich, endlich eingehen.

**Detjen:** Das Deutschlandfunk-Interview der Woche mit der Bundesaußenministerin, mit Annalena Baerbock. Frau Baerbock, während Sie hier in Kanada, in Charlevoix, mit den G7-Außenministern zusammen waren, haben sich in Berlin die Union, die SPD und Ihre Partei, die Grünen, auf die Grundgesetzänderung für ein Investitionssondervermögen und die Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben verständigt. Die Grünen haben da hart verhandelt. Hätten Sie dem zugestimmt, dass Ihre Partei, wenn das nicht so gelaufen wäre, wie sie es sich vorgestellt hatten, ernsthaft diese Grundgesetzänderung in dieser weltpolitischen Lage, über die wir jetzt hier gerade in Kanada sprechen, dass die Grünen das daran scheitern lassen?

**Baerbock:** Aber, dass ich jetzt so eine hypothetische, rückwärtsgewandte Frage überhaupt beantworte, es gibt ein schönes Sprichwort: hätte, hätte, Fahrradkette. Natürlich haben wir Grünen verhandelt, weil wir das, was da vorgelegt worden ist, für falsch angefundnen haben. Und zum Glück, Gespräche hinter verschlossenen Türen sind sehr, sehr hilfreich.

**Detjen:** Die Frage ist ja: Hatten sie überhaupt eine Alternative? Sie mussten zustimmen letztlich. Am Ende des Tages war klar, das konnten sie nicht platzen lassen.

**Baerbock:** Also falsche Dinge machen unsere Welt ja nicht sicherer. Und gerade im Sicherheitsbereich ist durch diese Gespräche sehr, sehr viel erreicht worden, was Deutschland sicherer macht und was Europa sicherer macht. Und ich hatte selber damals beim Sondervermögen eins als Außenministerin und wir in der alten Bundesregierung, da haben wir ja schon mal darüber diskutiert und dann auch beschlossen im Grundgesetz, dass wir mehr Geld für die Bundeswehr brauchen. Und ich habe damals die nationale Sicherheitsstrategie federführend für die Bundesregierung erstellt, wo wir gesagt haben, innere und äußere Sicherheit sind in diesen Zeiten maximal miteinander verbunden. Wir haben damals schon dafür geworben, wir brauchen Gelder für Cyber-Abwehr. Wir brauchen Gelder für hybride Angriffe. Der Zivil- und Katastrophenschutz der hat auch was mit Sicherheit zu tun. Wir haben das damals nicht erreichen können. Da hat es auch gerade die Union blockiert, wollte gerade den Cyber-Bereich, den hybriden Bereich nicht mitreinnehmen. In diesen zweieinhalb Jahren haben wir erlebt, dass die Nadelstiche von Russland, gerade hybrid, auch auf Deutschland zielen. Infrastruktur in der Ostsee, aber auch es gab eine Drohne, die mehrere Tage über Deutschland stand. Die Frage: Wie holt man das runter? Und deswegen ist es gerade für mich auch so wichtig gewesen, dass unsere Verhandlungsführerinnen gerade im Sicherheitsbereich, wenn wir schon so viel Geld in die Hand nehmen, das jetzt endlich umsetzen, was in der nationalen Sicherheitsstrategie steht, im Grundgesetz, innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken, um unsere gemeinsame Sicherheit in Europa bestmöglich – und in Deutschland – zu erreichen. Und da kann man nur sagen, es ist gut, wenn demokratische Parteien – wie gesagt – vertrauensvolle

Gespräche führen. Weil diese Zeiten, wenn ich das noch mal anführen darf, ich habe es ja für die internationale Politik mal so formuliert: Wir leben in einer Welt, wo auf der einen Seite diejenigen stehen, die für die internationale Ordnung, also für Regeln, friedliche Regeln einstehen und andere, die ruchlos agieren. Und das frisst sich in die Demokratien mit rein. Und dieses toxische Gegeneinander, was wir ja auch im Wahlkampf ja dann erleben zwischen demokratischen Akteuren, das macht unsere Gesellschaft kaputt. Und deswegen war das Ringen hart und die ganzen Verhandlerinnen und Verhandler haben da nächtelang miteinander gerungen. Aber dass wir deutlich machen, demokratische Parteien, Regierung und Opposition können in Krisenzeiten gemeinsam wirklich das Beste für unser Land herausholen, das ist aus meiner Sicht das Wichtigste bei diesem gemeinsamen Kompromiss.

**Detjen:** Jetzt wird am Geld auf absehbare Zeit nichts mehr scheitern. Geld ist in Massen da jetzt – für Verteidigung, für Aufrüstung, für Waffenkäufe. Was muss sich jetzt in den Köpfen und in den Debatten, die wir führen, ändern? Und da gibt es ja jetzt konkrete Fragen, die im Raum stehen. Also, ist das eine Situation, wo man jetzt gar nicht mehr umhinkommt, zum Beispiel auch konkret darüber zu reden, ob Deutschland bereit ist, sich unter Umständen auch mit Soldaten an einer Friedenssicherung in der Ukraine zu beteiligen. Es heißt immer, das ist zu hypothetisch. Aber ist es nicht an der Zeit, auch als Lehre aus den Erfahrungen, die man gemacht hat, wo man sich oft erst zu spät mit den entscheidenden Fragen beschäftigt hat, dass man über so was jetzt reden muss?

**Baerbock:** Also ich habe da im Dezember ja schon beim NATO-Außenministertreffen genau das deutlich gemacht. Da war in Deutschland nur leider gerade Wahlkampf. Und das habe ich ja gerade angesprochen, denn in Wahlkampfzeiten wird dann gerne immer ein Satz, ich glaube, es ist auch eine Verantwortung auch nicht nur für Politik, sondern gerade auch für Medien, ein Satz herausgepickt. Und aus der Diskussion, die wir damals als NATO-Außenminister geführt haben, zu fragen: Was wären denn Elemente für Frieden? Was braucht es dafür? Erst mal eine Feuerpause. Also das, was wir jetzt haben. Wie wird eine Feuerpause abgesichert? Bräuchte es dafür eine gemeinsame Friedenstruppe international? Braucht es dafür eine NATO-Mitgliedschaft, die EU-Mitgliedschaft? So, das haben wir damals diskutiert und formuliert. Leider wurde da zum Beispiel dann einfach herausgezogen: Baerbock redet über eine Friedenstruppe. Aber dann stand da nicht mehr „Friedenstruppe“, sondern: Baerbock will Soldaten in den Krieg schicken. So, und das macht Debatten aus meiner Sicht in der heutigen Zeit dann immer wieder so gefährlich, dass total unterschätzt wird, dass es andere Akteure in Demokratien gibt, aber auch gerade mit Russland oder auch China oder Iran Staaten gibt, die genau diese Angst und Sorge, dass aus Sachdebatten plötzlich nur noch plakative Überschriften werden und mit den Ängsten der Bevölkerung gespielt wird, dass wir da nicht zu dem Handeln kommen, was es eigentlich braucht. Und wie gesagt, deswegen bin ich so dankbar jetzt nach dem Wahlkampf, auch, wenn wir jetzt in der Opposition sind und ich demnächst nicht mehr Außenministerin sein werde, aber dass Ruhe einkehren muss, gerade in Sicherheitsfragen, dass man wirklich verantwortungsvoll über so was spricht. Und genau hier in Charlevoix haben wir als Briten, als Franzosen, als Deutsche, also als Europäer, darüber gesprochen: Wenn es jetzt einen Weg zum Frieden gibt, was ist die europäische Rolle und was ist die europäische Verantwortung? Ich kann mal so sagen:

■

Da braucht es natürlich Europäer. Aber da braucht es auch noch andere Partner weltweit. Wenn wir eine Friedenssicherung wollen, wo wir sicher sind, dass Putin das auch respektiert, also erst mal muss er dann seine Truppen zurückziehen, ja. Niemand will Soldaten in ein aktives Kriegsgebiet schicken. Das heißt, der Frieden muss auch schon wirklich auf dem Weg sein. Aber es bräuchte auch andere, zum Beispiel arabische Akteure, weil es Länder mit an Bord braucht, wo ein Putin eben nicht mal so sagt: Ach, wie damals bei der OSZE-Mission, sind ja nur Europäer, greife ich mal die eigene Friedenstruppe hier an.

**Detjen:** Ja, wenn Sie arabische Akteure ansprechen, Sie haben das Stichwort Nahost schon genannt, auch das war Thema bei den G7. Auch da geht ein Graben durch die G7-Gruppe. Trump will den Gazastreifen zu einem amerikanischen Immobilienprojekt machen, die Bevölkerung umsiedeln. Muss man es wahrscheinlich ethnische Säuberung nennen. Die europäischen, ja, G6 oder G5 dann mit Japan dabei, unterstützen einen Plan der Arabischen Liga, von Ägypten entwickelt worden. Wie realistisch ist der in dieser Situation, wo Amerika hinter der israelischen Regierung steht, die da eine ganz andere Vorstellung hat, so was überhaupt umzusetzen?

**Baerbock:** Unsere transatlantische Diplomatie muss in diesen Zeiten aus meiner Sicht mehr machen und weniger reden. Als Freundin des Klartextes, ja, ist das jetzt nicht einfach so eine Floskel, die ich daher sage, sondern ich habe immer dafür geworben: Eine starke Diplomatie bedeutet die Klaviatur der Diplomatie in voller Breite spielen zu können. Manchmal ist Klartext wichtig. Manchmal ist aber Schweigen auch richtig oder in dem Fall, wenn wir eine Administration haben, die sehr viel Wert – um es mal neutral zu formulieren – auf Kommunikation legt und sehr, sehr aktiv bei Social Media ist, im Zweifel aber auch sagt, was schert mich mein Geschwätz von gestern und am nächsten Tag das Gegenteil dann macht, dann ist schnelles Handeln manchmal sehr effektiv. Und das betrifft – ich komme darauf zurück – genau diesen arabischen Plan. Es stimmt, der amerikanische Präsident hatte mit seinem sogenannten Riviera-Plan – das klingt ja schon etwas interessant – signalisiert, er würde die Bevölkerung komplett aus Gaza vertreiben. Wir haben da sehr schnell gesagt, das findet keine Unterstützung von Deutschland, denn das wäre völkerrechtswidrig. Vertreibung ist im Völkerrecht nicht erlaubt und Deutschland würde so etwas niemals unterstützen. Der deutsche Bundespräsident hat das unverzüglich gesagt, die deutsche Außenministerin, alle arabischen Länder, alle zentralen EU-Staaten. Dieses Thema hat es dann nie wieder gegeben von amerikanischer Seite. Und sogar im Gegenteil. Während wir hier bei G7 zusammengesessen haben, haben wir jetzt in unserem Abschlusspapier, wo wir uns natürlich vorher auch gefragt haben, auch da wieder, so ehrlich will ich sein, ich bin hierher geflogen und wusste nicht, ob wir eine gemeinsame Abschlusserklärung mit den Amerikanern hinbekommen. Und wir haben jetzt eine Passage, die mit Blick auf Gaza deutlich macht, humanitäre Hilfe muss dort hineinkommen. Und der Wiederaufbau, der muss so stattfinden, dass das Völkerrecht gewahrt bleibt. Und der US-Präsident hat zeitgleich, während wir hier zusammensaßen und der amerikanische Außenminister diesen Text unterstützt hat, hat der US-Präsident selber in Washington gesagt, Vertreibung, das wollte er ja eigentlich auch nicht. Und das macht für mich so deutlich, man muss sehr schnell selber klar haben: Was wollen wir? Deutlich machen, dafür stehen wir ein und da wir selber nicht die Vereinigten Staaten von Amerika sind, das im breiten Bündnis mit anderen Akteuren

machen. Wir brauchen mehr Partner auf dieser Welt als zuvor. Europa ist stark und groß. Deswegen auch europäische Geschlossenheit. Aber noch effizienter sind wir natürlich, wenn wir es mit arabischen Staaten tun oder auch, wenn wir mit Blick auf Indien oder Australien, Neuseeland, also es gibt ja sehr viele Länder auf dieser Welt, die auch wie wir für die regelbasierte Ordnung stehen.

**Detjen:** Welche Rolle spielt gerade in diesem Nahostkonflikt Völkerrecht überhaupt noch? Sie haben vorhin am Ende des G7-Gipfels gesagt, die Blockade von humanitären Hilfslieferungen in den Gazastreifen durch die israelische Regierung ist völkerrechtswidrig. Welche Konsequenzen hat das?

**Baerbock:** Ja, und da möchte ich einmal unterstreichen, weil ich ja so ein bisschen auch jetzt ausscheidend bin, da reflektiert man ja auch vieles. Das haben wir in den ganzen letzten 17 Monaten immer wieder deutlichgemacht. In Deutschland gab es ja auch die Debatte, wo immer ...

**Detjen:** Die Frage war: Hat deutsche Staatsräson, sozusagen toppt die Völkerrecht?

**Baerbock:** Nein. Völkerrecht ist deutsche Staatsräson und deutsche Staatsräson ist Völkerrecht. Das ist kein Widerspruch.

**Detjen:** Die Frage ist ja, ob es Konsequenzen hat.

**Baerbock:** Ja.

**Detjen:** Und es ist ja so, dass in einer Zeit, in der internationale Gerichte, in der die führenden Menschenrechtsorganisationen von massivsten Völkerrechtsverletzungen gesprochen haben, die Bundesregierung, der Sie angehören, die Waffenlieferungen an Israel wieder aufgenommen hat.

**Baerbock:** Aber genau mit den Waffenlieferungen haben wir ja dann deutlichgemacht: Wir pochen auf die Einhaltung des Völkerrechts. Wir hatten da ja auch heftigste Schlagabtausche im Deutschen Bundestag. Und ich habe deutlichgemacht, dass unsere Verpflichtung die Einhaltung des Völkerrechts ist und dass deswegen wir Bedingungen stellen an weitere Lieferungen. Das Leben ist halt nicht schwarz-weiß. Und das ist in diesem Nahostthema schon seit Jahrzehnten so und erst recht seit dem 7. Oktober. Diejenigen, die gesagt haben, liefert gar nicht mehr, war meine Rückfrage immer: Wir sollen Israel gar keine militärische Hilfe mehr zukommen lassen, in dem Moment, wo der Iran zeitgleich so viele Raketen und Drohnen auf Israel abfeuert, wie es das nie zuvor gegeben hat und hätte Israel die nicht abfangen können? Deswegen war für mich immer so wichtig in den schwierigsten Momenten von Entscheidungen, zu differenzieren, die Kraft zur Differenzierung zu finden und nicht zur Polarisierung. Und daher haben wir zeitgleich deutlichgemacht, dass wir die Existenz des Staates Israel, das ist für uns Staatsräson, die Sicherheit, die Freilassung aller Geiseln und zugleich humanitäre Hilfe nach Gaza liefern wie kein anderes Land. Während andere Länder, auch viele europäische Staaten, es zeitweise eingestellt hatten, habe ich auch im Deutschen Bundestag deutlichgemacht: Eher trete ich zurück, als dass ich die humanitäre Hilfe nach Gaza – wir hatten ja die UNRWA-Diskussion – einstelle, weil auch das

unsere demokratische – aus meiner Sicht – völkerrechtliche Verpflichtung ist. Wir haben das SOS-Kinderdorf aus Gaza evakuiert. Da kann man sagen, das ist relativ klein. Aber für mich ist 69 Kinderleben zu retten mit ihren Betreuern und dafür drei Monate lang mein Auswärtiges Amt daran arbeiten zu lassen, eine Rettung von 69 Kinderleben. Und zugleich darüber hinaus – und das ist schon in der arabischen Welt, dass das sehr, sehr deutlich gesehen wurde und dafür auch für die diplomatischen Beziehungen so wichtig ist – deutlich zu machen: Jedes Menschenleben ist gleich viel wert – palästinensisches Leben ist natürlich so viel wert wie israelisches Leben, da gibt es gar keine Unterschiedlichkeit – und eben auch der größte humanitäre Geber für Gaza zu sein.

**Detjen:** Frau Baerbock, wir sind am Ende unserer Zeit. Vielen Dank für das Interview.